



GEORG HILGEMANN / ACTION PRESS

Vesper

WOHNUNGSBAU

Aufbau Ost, Abbau West?

Nach dem Willen des nordrhein-westfälischen Bauministers Michael Vesper soll die besondere staatliche Förderung des Städtebaus in Ostdeutschland so bald wie möglich stufenweise auslaufen. Stattdessen sollten die Mittel nicht mehr nach regionalen Gesichtspunkten, sondern nach Bedürftigkeit verteilt werden, fordert der Minister. 13 Jahre nach der Wiedervereinigung flössen noch immer vier Fünftel der gesamten Mittel in den Osten, obwohl dort nur ein Fünftel der Deutschen leben. Seit 1990 habe der Staat pro Kopf im Osten 322 Euro für die Städtebauförderung ausgegeben; im

Westen dagegen sind seit Beginn der Förderung 1971 gerade mal 70 Euro pro Einwohner verbaut worden, rechnet der Grünen-Politiker vor. Inzwischen seien manche Stadtteile im Westen in einem ähnlich maroden Zustand wie die ostdeutschen Städte Anfang der neunziger Jahre: „In Gladbeck oder Gelsenkirchen drohen uns ganze Stadtteile wegzubrechen“, so Vesper. Wenn im September Bundesbauminister Manfred Stolpe dem Bundesland einen Besuch abstattet, will Vesper die Gelegenheit nutzen, Stolpe die schlimmsten Ecken zu zeigen und ihn davon überzeugen, dass die Förderung umgestellt werden muss.

HANDWERKSKAMMERN

Wahlhilfe für Stoiber

Mit statistischen Tricks und barem Geld betreiben Handwerksfunktionäre in Bayern unverhohlenen Wahlhilfe für die CSU. Am 5. September, gut zwei Wochen vor der Landtagswahl am 21. September, will die bayerische Landesregierung von Ministerpräsident Edmund Stoiber ein Resümee ihrer Ausbildungskampagne ziehen. In Straubing hat die Kreishandwerkerschaft vorab sämtliche Lehrlingsbetriebe aufgefordert, „so frühzeitig wie möglich abgeschlossene Ausbildungsverträge“ zu melden. Registriert werden sollen dabei ausdrücklich auch Lehrlingsverträge, die noch „vor Beginn der Ausbildung“ beziehungsweise „innerhalb der Probezeit“ aufgelöst wurden, die also eventuell längst nicht mehr bestehen. Um an möglichst viele Meldungen heranzukommen, bietet die Handwerkskammer in Straubing sogar an, die Gebühren „für die Eintragung von Ausbildungs- und Umschulungsverträgen“ zu erstatten. Hintergrund für das besondere Engagement der Handwerker ist ihre Verärgerung über den Plan der rot-grünen Bundesregierung, eine Ausbildungsplatz-Abgabe einzuführen.



PHALANX / ULLSTEIN BILBDIENST

Stoiber, Auszubildende

JUSTIZ

Neuer Verdacht

Die Staatsanwaltschaft Rostock ermittelt gegen den ehemaligen Bundesverkehrsminister Günther Krause (CDU) wegen des Verdachts auf Meineid. Hintergrund: Krause war im Herbst 2002 im Rahmen eines Rechtshilfeersuchens zu seinen Verbindungen zum Lobbyisten Dieter Holzer vernommen worden. Die Liechtensteiner Justiz verdächtigt den Geschäftsmann im Zusammenhang mit dem Verkauf der ehemaligen DDR-Firmen Leuna und Minol an den französischen Mineralölkonzern

Elf Aquitaine der Untreue, Geldwäsche und der „Bildung einer kriminellen Organisation“. In seiner Vernehmung hatte Krause, der als Minister mit dem Minol-Deal befasst war, unter Eid ausgesagt,



JENS KOEHLER / DDP

nie geschäftliche Beziehungen zu Holzer unterhalten zu haben. Ende des vergangenen Jahres belegten Dokumente das Gegenteil: Holzers Firma Delta International Trading hatte einem Zürcher Unternehmen, an dem der Ex-Politiker beteiligt war, 600 000 Mark überwiesen – angeblich als Kredit. Krause war im Dezember 2002 vom Landgericht Rostock wegen Betrugs, Untreue und versuchter Steuerhinterziehung in erster Instanz zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt worden. Sein Kommentar zu den neuen Vorwürfen: „Davon ist mir nichts bekannt.“

Krause